

LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
184 · Ausgabe CH · September 2019
AZB 3001 Bern



Prämienexplosion!

LUCHS, WOLF UND BIBER: ZUM ABSCHUSS FREIGEgeben

Die SP ergreift das Referendum gegen das missratene Jagdgesetz – jede Unterschrift zählt! Seite 7

AM KOMMENDEN SAMSTAG: AUF ZUR KLIMA-DEMO!

Weil die Rechten echte Fortschritte in der Klimapolitik blockieren, tragen wir den Kampf auf die Strasse. Seite 15

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Sympathisantinnen und Sympathisanten



Google gründete 2013 die Firma Calico und steckt seither unermessliche Summen in die Erforschung von Krankheiten wie Krebs. Das Ziel ist nicht eine bessere Gesundheit für alle, sondern die Profitmaximierung durch die Überwindung von Krankheit und Tod. In wenige Geschäftsfelder fliesst weltweit mehr Geld als in den Gesundheitsmarkt.

Die glasklare Geschäftslogik: Ohne Gesundheit ist alles nichts. In unserer alternden und reichen Gesellschaft sind viele Menschen bereit, sehr viel Geld für ihre Gesundheit

auszugeben. Tech-Giganten, die Pharmaindustrie, die Spitäler, Krankenkassen – alle wollen die riesigen Profite abschöpfen.

Was hat das mit uns zu tun? Wir müssen jedes Jahr noch mehr für unsere Krankenkassenprämien bezahlen. Wir ärgern uns über exorbitante Medikamentenpreise, über Pharma-Lobbyisten im Parlament und fürchten die Zweiklassenmedizin am Horizont. Wir sind es, die die riesigen Profite der anderen berappen!

Internationale Finanzströme können wir nicht beeinflussen. Aber wir haben es in der Schweiz in der Hand, demokratisch Regeln aufzustellen und durchzusetzen. Etwa, dass die Krankenkassenprämien höchstens 10 Prozent des verfügbaren Einkommens betragen dürfen. Oder dass alle gleichermassen Zugang zum Gesundheitswesen bekommen.

Zum Beispiel auch die Kinder jener Thurgauer Eltern, die die Krankenkassenprämien nicht bezahlen konnten und auf einer schwarzen Liste landeten. Diese Kinder erhalten nur im Notfall medizinische Leistungen. Die SP gibt hier mit allen Mitteln Gegensteuer.

Damit die Wende Realität wird, braucht es einen Linksrutsch im Parlament. Dafür schreiben viele von uns Postkarten, machen bei Telefonaktionen mit, verteilen Flyer und Wahlzeitungen, diskutieren mit Freunden und Nachbarn, machen Wahlkampf auf den sozialen Medien. Ein riesiges Merci! Gemeinsam schaffen wir es. Streichen wir den 20. Oktober rot an!

Mit solidarischen Grüßen,
eure Pia Wildberger, Chefredaktorin «links»

INHALT

- 4–5 Sie steigen und steigen und steigen**
Wer vor 20 Jahren 100 Franken für die Krankenkassenprämie bezahlte, muss heute 241 Franken hinblättern. Diese Kostensteigerungen müssen endlich ein Ende haben!
- 6 Wahlkampf!**
Telefonieren bis die Ohren glühen – damit der Linksrutsch Realität wird.
- 7 Wolf, Luchs, Biber und Co.: Zum Abschluss freigegeben**
Wir ergreifen das Referendum gegen das missratene Jagdgesetz. Jede Unterschrift zählt!
- 8 Elternzeit oder Lohngleichheit?**
Im Voting um das drängendste Gleichstellungsthema kam es zu einem Kopf-an-Kopf-Rennen.
- 9–12 Kantone**
Ausgewählte Seiten aus den kantonalen Splittings
- 13 Liebe ist Liebe ist Liebe**
Für homosexuelle Jugendliche ist die Milchjugend die erste Anlaufstelle.
- 14–15 Klimakrise: Auf zur Klima-Demo am 28. September!**
Wir verschaffen uns auf der Strasse Gehör.
- 16 Redemarathon zur Kündigungsinitiative**
Mit dem Bullshit-Bingo bringen wir Spass (und Nutzen) in die Debatte.
- 17 Nachruf**
Walter Buser, der erste SP-Bundeskanzler, ist 93jährig gestorben.
- 18 Café Boy: Eine Wirtschaft zum Glück**
In Zürich gibt es endlich wieder eine Beiz in linker Hand.



SP-Friedenspolitik im Bundeshaus

In der ersten Sessionswoche trafen sich unter der Schirmherrschaft der SP Vertretungen der türkischen Parteien CHP und HDP im Bundeshaus. Eingeladen hatten die Nationalräte Carlo Sommaruga und Fabian Molina. Das Ziel der erfolgreichen Veranstaltung bestand darin, den Dialog zwischen den Oppositionsparteien zu fördern. Den beiden Parteien kann es gelingen, Wahlen gegen die herrschende AKP von Staatspräsident Erdogan zu gewinnen – wenn sie

zusammenspannen. Das liess sich bei den Bürgermeisterwahlen in Istanbul beobachten. Alle Anwesenden bekräftigten zudem ihre Solidarität mit den abgesetzten Bürgermeistern aus drei mehrheitlich kurdischen Grossstädten im Südosten der Türkei, die Erdogan durch Zwangsverwalter ersetzte. Die Schweiz ist aufgerufen, den Menschenrechten und den Forderungen nach Demokratie in der Türkei Nachdruck zu verleihen.

[youtube.com/SPSchweiz](https://www.youtube.com/SPSchweiz)

Die SP, die Stimme der Konsumentinnen und Konsumenten

Aus dem Parlamentarierating der Allianz der Konsumentenschutz-Organisationen gehen die Politikerinnen und Politiker der SP als konsumentenfreundlichste Fraktion hervor. Untersucht wurden 40 «Konsum»-Abstimmungen der letzten Legislatur. Wenig überraschend bilden jene Parteien das Schlusslicht, deren gewählte Vertreterinnen und Vertreter ihr Amt besonders häufig für das Lobbying im Interesse der Hochfinanz, der Versicherungsbranche oder der Pharmaindustrie nutzen (siehe auch Meldung oben rechts). Die drei konsumentenfreundlichsten Parlamentsmitglieder sind übrigens Prisca Birrer-Heimo (LU), Yvonne Feri (AG) und Beat Jans (BS).

konsumentenschutz.ch

Unterstützung von Konsumentenangelegenheiten durch die Fraktionen (in %)



Ehe für alle

Die Freude währte nur kurz: Nationalräte und Kandidatinnen – allen voran Matthias Aebischer, Tamara Funicello, Flavia Wasserfallen, Laurence Fehlmann Rielle



und Muriel Waeger – demonstrierten Ende August vor dem Bundeshaus für die Ehe und die Samenspende für alle. Die Rechtskommission des Nationalrats sagte dann zwar Ja zur Ehe für alle. Die Samenspende für lesbische Paare lehnte sie jedoch ab. Mehr zum Thema auf Seite 13 – wir bleiben dran!

Wes Brot ich ess, des Lied ich sing

Der Lobby-Report im Auftrag von Nationalrat Cédric Wermuth bringt es an den Tag: 6,5 Millionen Franken jährlich kassieren National- und Ständeräte von Krankenkassen, Versicherungen und Banken. Die meisten Mandate haben Politiker aus den Reihen der FDP (rund die Hälfte der Zuwendungen). Dahinter folgen die SVP mit 25 Prozent und die CVP mit rund 19 Prozent. Die restlichen Parteien beziehen nicht einmal fünf Prozent des Geldes. Die Frage, welche Interessen dergestalt bezahlte Politiker tatsächlich vertreten, stellt sich angesichts der Politik der letzten vier Jahre kaum – jedenfalls vertreten sie nicht die Interessen der breiten Bevölkerung.

Keine Prämienhöhung mehr!

«Kein Mensch versteht, weshalb die Krankenkassen derart hohe Reserven horten», sagt Christian Levrat und meint die 8,3 Milliarden Franken, die die Krankenkassen per Ende 2018 als Polster angelegt hatten. Das sind vier Milliarden mehr an finanziellen Reserven, als der Bund vorschreibt. Gleichzeitig steigen die Prämien immer weiter. Damit muss Schluss sein. Die SP forderte in der Herbstsession daher ein Prämienmoratorium. Bevor sie die nächste Aufschlagsrunde einläuten, sollen die Krankenkassen zuerst ihre Reserven abbauen.

Ausgesteuert mit 50?

Mit einer kleinen Demonstration machten die SP60+, Parlamentarierinnen und Parlamentarier sowie das Forum der Arbeitslosen vor dem Bundeshaus auf die gravierenden Folgen aufmerksam, wenn jemand seine Arbeit im Alter von 50 Jahren und mehr verliert. Die SP fordert eine Weiterbildungsoffensive statt Kündigungswellen und einen besseren Kündigungsschutz statt einer Erhöhung des Rentenalters.



Immer im Herbst: Die Angst

DIE KRANKENKASSENPRÄMIEN HABEN SICH IN DEN LETZTEN 20 JAHREN MEHR ALS VERDOPPELT, DIE LÖHNE NICHT. UND VIELE KANTONE SPAREN AUF DEM BUCKEL VON FAMILIEN, RENTNERIN- UND MITTELSTAND BEI DEN PRÄMIENVERGÜNSTIGUNGEN. DARUM HAT DIE SP DIE PRÄMIEN-ENTLASTUNGS-INITIATIVE LANCIERT. UND DARUM HAT DIE SP IM KANTON AARGAU KLAGE EINGEREICHT.

Wieder geht im September die Angst um: Um wie viel steigen die Krankenkassenprämien? Die Antwort auf diese Frage führte in den letzten Jahren nie zu einem erleichterten Aufseufzen. Jahr für Jahr stiegen die Prämien, eine Nullrunde kam noch nie vor, und schon gar keine Senkung. Ein Ende dieser Preisspirale ist nicht abzusehen.

Im Kanton Aargau verloren vor zwei Jahren sogar rund 30 000 Menschen ihre Prämienverbilligung, weil der Kanton auf dem Buckel der Schwächsten sparte. Im Wahljahr erhöhte er seinen Beitrag an die Vergünstigung der Krankenkassenprämien um rund 10 Prozent. Damit profitieren neu 2500 Familien oder Alleinerziehende zusätzlich von ei-

ner Prämienverbilligung. Das ist jedoch längst nicht genug!

Im Kanton Aargau erhält etwa jede fünfte Person eine Verbilligung. Diese beträgt im Kanton durchschnittlich 1400 Franken pro Person (470 Franken weniger als im nationalen Durchschnitt). Und trotzdem stehen fast 2 Prozent der Bevölkerung auf der schwarzen Liste für nicht bezahlte Prämien. Diese Zahlen belegen, wie gross die Belastung durch die Krankenkassenprämien für mittlere und tiefe Einkommen ist.

Kampf für billigere Prämien auf allen Ebenen

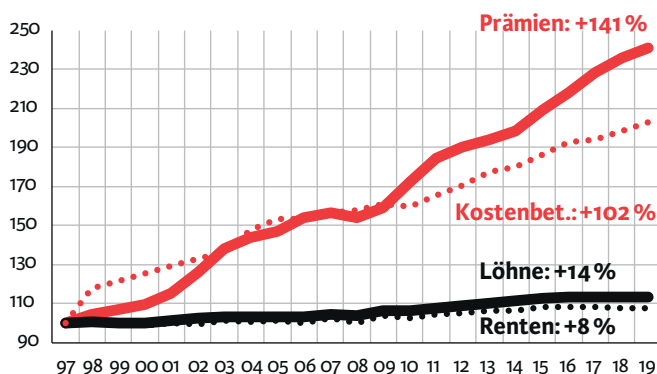
Deshalb kämpft die SP mit ihrer Prämienverbilligungsinitiative dafür,



Yvonne Feri, Nationalrätin AG

dass kein Haushalt mehr als 10 Prozent des verfügbaren Einkommens für Prämien ausgeben muss. Das «verfügbare Einkommen» bedeutet, dass Kinder und Jugendliche angerechnet werden und beispielsweise auch der Situation von Alleinerziehenden Rechnung getragen wird. Nicht die Kantonsbudgets sollen darüber entscheiden, wie hoch die Unterstützung ist, sondern die persönliche finanzielle Situation der Prämienzahlenden.

Entwicklung der Prämien, Löhne und Renten (1997 = 100, real)



WENN DIE PRÄMIEN SCHNELLER STEIGEN ALS DER LOHN.

**KRANKENKASSENPRÄMIEN SENKEN.
AM 20. OKTOBER SP WÄHLEN.**



geht um

Aber wie soll es langfristig weitergehen? Das Bundesamt für Statistik bestätigt in seinem aktuellen Armutsbericht, dass die Armut zunimmt. Und wenn man Haushalteinnahmen und -ausgaben genauer betrachtet, stellt man fest, dass rund 37 Prozent der Haushalte (mehr als jeder Dritte) mehr für die Krankenkassenprämien als für die Steuern ausgeben muss, Tendenz steigend.

Massives Kostenwachstum

In den letzten 20 Jahren sind die Krankenkassenprämien um satte 141 Prozent angestiegen. Anders gesagt: Wer vor 20 Jahren 100 Franken bezahlte, muss heute 241 Franken ausgeben. Kein anderer Ausgabenbereich ist in den letzten Jahren in ähnlicher Weise explodiert. Die AHV-Renten sind in dieser Zeit um 8 Prozent gestiegen, die Löhne um 14 Prozent.

So kann es nicht weitergehen. Wir müssen Lösungen dafür finden, wie wir langfristig für alle eine flächendeckende Gesundheitsversor-

gung mit sozialverträglichen Prämien sicherstellen können.

Es ist auf jeden Fall richtig, Menschen mit geringem Einkommen oder kleiner Rente sowie Familien zu entlasten. Die Prämienentlastungs-Initiative stellt das sicher. Und im Parlament trägt das von der SP eingebrachte Prämienmoratorium dazu bei: Kassen sollen die Prämien nicht weiter erhöhen dürfen, solange sie gleichzeitig Milliardenüberschüsse anhäufen.

Bundesrat Berset's Massnahmen zeigen Wirkung

Wir müssen jedoch langfristige Lösungen suchen, damit die Gesundheitskosten nicht in diesem Masse weiterwachsen. Die Kostendämpfungsmassnahmen des Bundesrats sind Beispiele dafür. Dass es möglich ist, zeigt auch Bundesrat Alain Berset's Tarifeingriff, der dieses Jahr erstmals Wirkung zeitigt.

Manche sind jedoch auch dagegen, dass wir uns nur auf die Kosten konzentrieren. Sie plädieren dafür, dass man sich vermehrt auf die Effizienz der Behandlungen und die Qualität fokussieren soll. Denn eine gesunde Bevölkerung kostet weniger als eine kranke. Das sollten wir bei allen Massnahmen immer auch im Auge behalten.

260 000 MENSCHEN PROFITIEREN DANK KLAGE

Die SP im Kanton Luzern hat es vorgemacht: Sie klagte bis vor Bundesgericht, weil der Kanton sehr vielen Menschen die Prämienverbilligungen rückwirkend gestrichen hatte. Im Januar piff das hohe Gericht den Kanton zurück, der auf Kosten der Schwächsten die Einkommensgrenze für die Anspruchsberechtigung so festgelegt hatte, dass nur noch ganz wenige davon profitieren konnten. Das Urteil aus Lausanne hatte Signalwirkung. In vielen Kantonen hat auch der Druck der SP für eine bessere Entlastung gewirkt – etwa im Waadtland, wo die 10-Prozent-Grenze heute Realität ist.

Mittlerweile erhalten gesamtschweizerisch 260 000 Menschen mehr Prämienverbilligungen dank dem Urteil. Jedoch nicht überall. Der Kanton Aargau ging zu wenig über die Bücher. Daher hat nun die Kantonalpartei ebenfalls Klage eingereicht und unterstützt damit konkret die Schwächeren in der Gesellschaft.



STAND PUNKT

Rebekka Wyler, Co-Generalsekretärin der SP Schweiz und Gemeinderätin in Erstfeld (UR)

Hartes Brot am See

In ländlichen Gebieten hat es die SP nicht einfach. Zwar zeigt sich in den grösseren Kantonen, dass die Agglomerationsgemeinden etwas nach links gerutscht sind, seit zahlreiche Menschen nicht zuletzt wegen der hohen Mieten aus den Städten weggezogen sind. Doch auf dem Land isst die Linke hartes Brot.

Besonders hart ist es in der Zentralschweiz, wie der Blick in die Geschichte zeigt: Der erste SP-Nationalrat der Kantone rund um den Vierwaldstättersee war ein Luzerner (1922), der zweite ein Schwyzer (1925). Während weniger Jahren nahmen zusammen mit der Zuger SP-Vertretung drei Zentralschweizer Sozialdemokraten im Nationalrat Einsitz. Ob- und Nidwalden ebenso wie Uri stellten noch nie eine SP-Vertretung, ebensowenig wurde je eine linke Ständerätin oder ein linker Ständerat aus der Region gewählt. Heute ist Luzern der einzige Kanton, in dem die SP mit Prisca Birrer-Heimo eine Vertretung nach Bern schickt.

Obwohl es in den Kantonen rund um den Vierwaldstättersee engagierte SP-Sektionen mit langer Tradition gibt, die von Eisenbahnern und Industriearbeiterinnen gegründet wurden, finden fortschrittliche Stimmen nur schwer Gehör. Aber es gibt sie, und auch sie haben ein Recht auf Vertretung in Bern. Denn die Positionen der SP unterscheiden sich klar von jenen der bürgerlichen Parteien. Es zeigt sich jeden Tag, dass es in den katholisch-konservativ dominierten Regionen in Sachen Steuergerechtigkeit, Verlagerung des Transitverkehrs oder Vereinbarkeit von Familie und Beruf noch einiges zu tun gibt.

Und es tut sich was! Diesen Herbst stehen in der Zentralschweiz zahlreiche SP-Leute zur Wahl. Neben den SP-Hauptlisten gibt es Listen der JUSO, der Migrantinnen und Migranten, der SP 60+ und der Auslandschweizerinnen und -schweizer. In Obwalden hat die JUSO eine Kandidatin aufgestellt, die auch von der SP unterstützt wird. Alle diese Kandidierenden, die sich mutig gegen die herrschende Mehrheit stellen und auch unpopuläre Positionen vertreten, tun gut. Sie tun der Partei gut, die so sichtbar wird, und sie tun der Demokratie gut, die von der Meinungsvielfalt lebt.

Trotzdem: Das harte Brot mag den Zähnen guttun, doch auf Dauer möchten wir auch mal ein Stück Alpkäse dazu.

Telefonieren für den #Linksrutsch

NUN GILT ES ZU TELEFONIEREN, BIS DIE OHREN GLÜHEN: DAS TELEFONGESPRÄCH IST EINES DER ERFOLGVERSPRECHENDSTEN INSTRUMENTE FÜR DEN LINKSRUTSCH.

Die heisse Phase der Basiskampagne hat begonnen. Für tausende Aktivistinnen und Aktivisten in allen Regionen der Schweiz heisst es jetzt: Telefonieren, was das Zeug hält. Denn jedes dritte Gespräch, mit dem wir Leute an die Wahl erinnern, führt zu einer zusätzlichen Stimme für die SP. Das zeigt die Basiskampagnen-Statistik der nationalen Wahlen 2015. Das spornt an, an den Telefonaktionen jeweils noch ein «Päckli» mehr zur Hand zu nehmen, das sind 20 Kontakte im Basiskampagnen-Jargon.

Ein Hoch auf die Freiwilligen

Flavien Gousset, Campaigner in Zürich und Nationalratskandidat, inspirieren die Aktivistinnen und Aktivisten, die einen grossen Teil ihrer Freizeit im Einsatz für eine gerechtere Welt hergeben: «Das Engagement motiviert mich und gibt mir unglaublich viel Energie.» Diese Energie brauchen wir, damit der Linksrutsch am 20. Oktober gelingt. Langfristig geht es für ihn bei der Basiskampagne auch darum, auf der Bewegungsebene eine Dynamik zu schaffen, auf der die SP weiter aufbauen kann.

Von Lebenserfahrung profitieren

Im ersten Moment zögern viele, wenn sie gebeten werden, an einer Telefonaktion mitzumachen. Zu beschäftigt, zu unerfahren, zu alt, heisst es allenthalben. Doch gerade ein fortgeschrittenes Alter kann durchaus ein Vorteil sein. Viele profitieren von den

erfahrenen Aktivisten und können sich gute Sätze «ablose». Etwa von Viktor Moser. Der 71-Jährige hat sich gleich für fünf Telefonanlässe angemeldet, denn: «Mir stinkt es zwar manchmal auch, dafür kommt aber auch viel zurück.» Die überwiegend positiven Reaktionen – selbst aus anderen politischen Lagern – seien immer wieder überraschend. «Und vor allem macht es Spass, gemeinsam mit anderen Genossinnen und Genossen etwas zu bewegen.»

Zugpferde

Nadine Masshardt, die politische Wahlkampfleiterin der SP Schweiz, wird an drei Anlässen mittelefonieren: «Wer, wenn nicht wir Parlamentsmitglieder, soll als Vorbild vorangehen?» Das gemeinsame Ziel – der Linksrutsch am 20. Oktober – erzeuge ein Gemeinschaftsgefühl unter den Teilnehmenden und sporne an, auch nach Stunden immer wieder die nächste Nummer einzutippen. «Letztlich geht es darum, dass wir mit den Leuten reden – und nicht über sie.»

Magdalena Oberli

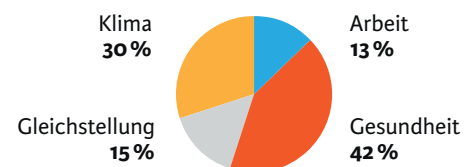
Du möchtest dich auch aktiv im Wahlkampf engagieren? Nichts wie los: links-rutsch.ch/mitmachen

WIR REDEN MIT DEN MENSCHEN, NICHT ÜBER SIE

Im Frühling hat die SP mithilfe von 1300 Aktivistinnen und Aktivisten in 17 Kantonen eine Quartierumfrage durchgeführt. Ziel war es, die Anliegen aller zu sammeln und das Echo auf die SP-Wahlkampfthemen zu testen. Dabei haben wir mit 18 000 Menschen gesprochen und 7500 Umfragen im Rahmen von 464 Tür-zu-Tür-Anlässen durchgeführt.

Das meistgenannte Thema war mit einem Anteil von 42 Prozent «Gesundheit», gefolgt von «Klima» mit 30 Prozent. Auch die Themen «Gleichstellung» und «Arbeit» beschäftigen die Befragten. Sie machen jeweils einen Sechstel der Antworten aus.

Resultate schweizweit



An dieser Stelle bedanken wir uns ganz herzlich bei allen, die sich aus ihrer «Komfortzone» gewagt haben, um Menschen an der Haustüre zu begegnen. Der Dialog ist kein isoliertes Kampagnenelement. Die Basiskampagne verfolgt langfristige Ziele zur Stärkung der Partei, zur Einbindung der Mitglieder und zum Austausch mit der Bevölkerung.

Luchs, Wolf und Biber – zum Abschuss freigegeben?

DIE SP LANCIERT ZUSAMMEN MIT DEN UMWELTVERBÄNDEN DAS REFERENDUM GEGEN DAS MISSRATENE JAGDGESETZ. GEHT ES NACH DEM WILLEN DER RATSMEHRHEIT, SOLLEN GESCHÜTZTE TIERE VORSORGLICH ABGESCHOSSEN WERDEN DÜRFEN.

In der Parlamentsdebatte zum revidierten Jagdgesetz waren die Meinungen gemacht: Künftig sollen Wölfe und andere Wildtiere vorsorglich dezimiert werden können, ohne dass sie Schäden angerichtet haben. Auch Präventionsmassnahmen sind nicht mehr Pflicht. Der Schutz wildlebender Tiere wird allgemein geschwächt, und geschützte Säugetiere und Vögel geraten noch mehr unter Druck. Das Präsidium der SP hat daher bereits in der Sommersession beschlossen, zusammen mit den Umweltverbänden das Referendum zu ergreifen, sollten die Räte in der Herbstsession nicht zurückkriechen. Doch im Parlament setzten sich die radikalen Wolfsgegner durch.

Abschuss der Hälfte der Wolfswelpen

Mit dem missratenen Jagdgesetz kann der Bundesrat jederzeit geschützte Tierarten für «regulierbar» erklären. Neben dem Wolf gehören dazu auch Biber und Luchse, Schwäne, Mittelmeermöwen, Gänsesäger, Graugänse oder Graureiher. Und dies nur, weil sie gewissen Interessen im Wege stehen. Ein Paradigmenwechsel findet statt: vom ausgeglichenen Schutz- und Jagdgesetz hin zur Regulierung durch Abschlüsse.

Beim Wolf zeigt sich die geplante Neuerung besonders radikal. Zur Verhütung eines möglichen Schadens kann ein Wolfsrudel wie jenes am Calanda in Graubünden, das kaum Schäden an Nutztieren verursacht und bis heute auch keine Gefahr für den Menschen darstellt, Jahr für Jahr reguliert werden. Im Klartext: Allein die Existenz eines Rudels genügt, um jedes Jahr die Hälfte der Welpen abzuschliessen.

Internationale Verpflichtungen

Neu soll die Entscheidungskompetenz über den Abschuss geschützter Tiere an die Kantone delegiert werden. Der Bund wird nur noch angehört und entledigt sich so seiner verfassungsrechtlichen Verantwortung: Die Schweiz hat sich mit der Ratifizierung der Berner Konvention des Europarates verpflichtet, ein einheitliches Vorgehen beim Wolfs- und Artenschutz zu verfolgen.

Wildtiere kennen weder Kantons- noch Landesgrenzen. Das revidierte Jagdgesetz wird daher zwangsläufig zu kantonalen Widersprüchen führen. Einige kantonale Behörden sind etwa beim Wolf, beim Luchs oder beim Biber grossem politischen Druck ausgesetzt und dürften auch geneigt sein, diesem nachzugeben.



Silva Semadeni,
Nationalrätin GR

Dabei können die Kantone schon heute nicht nur über den Abschuss von Einzeltieren entscheiden, sondern mit Zustimmung des Bundes auch Bestände regulieren. Das muss reichen. Die heutige Kompetenzordnung basiert auf dem bewährten Grundsatz «Jagd bei den Kantonen, Schutz beim Bund». Dies garantiert die Rechtssicherheit und die Gleichbehandlung.

Gesunder Wald dank Wolf

Die Wildtiere vermehren sich, wie es die hohen Hirsch- und Rehbestände zeigen. So finden auch einst ausgerottete einheimische Tierarten an geeigneten Orten wieder Nahrung und Lebensraum. Die Rückkehr der Wölfe ist erfreulich. Gewiss, Schafhalter müssen ihre Herden schützen und Verluste hinnehmen. Doch sie werden dafür vom Staat konsequent unterstützt und entschädigt. Und von Förstern hören wir gar: Wo der Wolf lebt, ist der Wald gesünder und die Verbisschäden sind geringer. In unserem komplexen Ökosystem zählt jede Art.

Das Parlament hat den extremen Wolfsgegnern Gehör geschenkt. Wir ergreifen daher das Referendum. Voraussichtlich am 8. Oktober beginnt die Sammelfrist. Ab dann zählt jede Unterschrift unter: **sp-schweiz.ch**. Danke auch für deine Unterschrift!



Stefan Huwiler

REFERENDUM – JEDE UNTERSCHRIFT ZÄHLT!

Endlich Lohngleichheit und Elternzeit

AM 14. JUNI DEMONSTRIERTEN HUNDERTTAUSENDE FRAUEN UND MÄNNER FÜR MEHR GLEICHSTELLUNG. DIES IST FÜR DIE SP EIN AUFTRAG. EINE ONLINE-ABSTIMMUNG NACH DEM FRAUENSTREIK ZEIGT: LOHNGLEICHHEIT UND ELTERNZEIT SIND FÜR UNSERE MITGLIEDER UND SYMPATHISANTINNEN UND SYMPATHISANTEN DIE WICHTIGSTEN ANLIEGEN.

Noch immer verdienen Frauen für dieselbe Arbeit weniger als Männer. Noch immer leisten Frauen den allergrössten Teil der unbezahlten Arbeit – ob in der Kinderbetreuung oder in der Pflege von Angehörigen. Noch immer erhalten Frauen tiefere Renten. Und noch immer leiden Mütter und Väter unter der fehlenden Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das muss sich ändern. Deshalb sind am Frauenstreik um die 500 000 Frauen und Männer auf die Strasse gegangen. Eine unglaubliche Menschenmenge, die bisher grösste politische Demonstration in der Geschichte der Schweiz.

Online-Befragung bestätigt Leidensdruck

Nach dem Frauenstreik konnten und wollten wir nicht einfach zum politischen Tagesgeschäft übergehen. Nach zahlreichen Versprechen muss die Politik nun endlich handeln. Die in der Bundesverfassung verankerte Gleichstellung muss umgesetzt werden. Darum haben wir die sechs Forderungen, die am Frauenstreik am häufigsten genannt wurden, in



Nadine Masshardt, Nationalrätin BE

einem öffentlichen Online-Voting zur Debatte gestellt. Ganz nach dem Motto: Wir reden mit den Menschen, nicht über sie. Vom 14. bis 30. August haben so rund 2800 Personen mitentschieden, welche Initiative die SP im Nachgang zum Frauenstreik lancieren soll. Am Ende war es ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen «Lohn-gleichheit» und «Elternzeit».

Elternzeit als Basis für ein partnerschaftliches Familienmodell

Eine Elternzeit, die diesen Namen auch wirklich verdient (752 Stimmen), ist zentral, denn sie erleichtert es beiden Elternteilen massiv, sich von Anfang an um ihre Kinder zu kümmern und die Familien- und Erwerbsarbeit partnerschaftlich aufzuteilen. Die SP fordert deshalb einen Mutter- und Vaterschaftsurlaub von je mindestens 14 Wochen. Darüber hinaus sollen danach beide Elternteile gemeinsam Anspruch auf mindestens 10 Wochen Elternzeit haben. Dieses Modell basiert auf dem Vorschlag der Eidgenössischen Kommission für Familienfragen.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit (800 Stimmen) steht als Grundsatz seit 1981 zwar in der Bundesverfassung. Trotzdem verdienen Frauen noch immer weniger. Der diskriminierende Anteil bei der Lohnungleichheit ist im letzten Jahr sogar wieder etwas gestiegen. Damit diese Ungerechtigkeit endlich ein Ende hat, fordert die SP wirksame Lohnanalysen einschliesslich Sanktionen.

Im Gespräch mit möglichen Allianzpartnern

Wie geht es nun weiter? Bis zur nächsten Delegiertenversammlung am 30. November 2019 suchen wir das Gespräch mit möglichen Partnerorganisationen. Es ist wichtig, dass beide Anliegen möglichst breit abgestützt sind. Dann werden die Delegierten in Bern über das weitere Vorgehen entscheiden.

Selbstverständlich werden wir auch die anderen Forderungen des Gleichstellungs-Votings («Mehr Hilfe für die Opfer von Gewalt», «Recht auf Kinderbetreuung», «Weniger lange Arbeitszeiten zum Wohle aller» sowie «Anerkennung von Care-Arbeit») auf allen politischen Ebenen weiterverfolgen. Auch dafür braucht es am 20. Oktober bei den Wahlen einen Linksrutsch.



Jonas Zürcher

Auch in der Nordwestschweiz sind Massnahmen gegen den Klimawandel dringend nötig: Verdorrte Bäume im Hardwald.

LINKS BL · BS

In beiden Basel macht die SP vorwärts mit dem Klima-Marshallplan

DIE SP SETZT SICH IN BEIDEN KANTONSPARLAMENTEN FÜR KONKRETE LÖSUNGEN EIN. PARLAMENTARIERINNEN UND PARLAMENTARIER TAUSCHEN SICH ÜBER DIE KANTONGRENZEN HINWEG ZU STRATEGIEN UND MÖGLICHEN MASSNAHMEN AUS.

Mit dem Klima-Marshallplan schlägt die SP Schweiz mögliche Massnahmen zur Umsetzung in den Kantonen und Gemeinden vor. Gross- und Landrät*innen der SP haben in einer bikantonalen Arbeitsgruppe Strategien und Forderungen für die kantonale Politik diskutiert. Unser Ziel ist es, konkrete Lösungswege aufzuzeigen. Denn wir sind uns alle einig: Es braucht rasch griffige und kompromisslose Massnahmen, um den CO₂-Ausstoss auch bei uns zu reduzieren.

In Basel-Stadt haben Anliegen für den Klimaschutz im Parlament zurzeit gute Chancen. Gemeinsam mit der rot-grünen Regierungsmehrheit ist der Stadtkanton in einem etwas forscheren Tempo unterwegs als das Baselbiet, wo immer noch der politische Kompromiss gesucht werden muss.

Baselland: Netto Null bis 2030

Nichtsdestotrotz stellt die SP im Baselbieter Landrat klare Forderungen. Mit einer Motion fordern wir, dass «Netto Null bis 2030» als Klimaziel ins Energiegesetz geschrie-



Jean-Luc Perret, Grossrat



Thomas Noack, Landrat

ben wird. Gleichzeitig verlangen wir weitere Massnahmen: Ein/e Klimadelegierte/r soll sich verantwortlich um den Klimaschutz kümmern. Eine Task Force aus externen Fachpersonen soll ihn/sie dabei begleiten.

Als zweite wichtige Massnahme soll im Dekret zum Energiegesetz ein Verbot fossiler Heizungen verankert werden (in Basel-Stadt bereits Tatsache). Zudem soll der für Fördermassnahmen bereitgestellte Kredit deutlich erweitert werden. Diese Vorlage wird derzeit in der Umweltschutz- und Energiekommission des Landrats beraten.

Basel-Stadt: Klimanotstand

Der Kanton Basel-Stadt hat als erster Schweizer Kanton den Klimanotstand ausgerufen. In einem WWF-Ranking der Energiegesetze erreichte Basel-Stadt als einziger Schweizer Kanton das – allerdings auch nur zweitbeste – Level: «engagiert». Der deutliche Rückgang beim Einbau neuer Gas- und Ölheizungen in den letzten Jahren

zeigt, dass die Weichen richtig gestellt wurden.

Mit einem «Klimapäckli» haben wir im Grossen Rat bereits im Frühling mehrere Vorstösse eingereicht. Weiter verfolgt werden zum Beispiel die gesetzliche Verankerung des Pariser Abkommens oder auch der Verzicht auf Kurzstreckenflüge für Staatsangestellte.

Kantonsübergreifend: CO₂-Reduktion bei Brenn- und Treibstoffen

Mit einer etwas längeren Perspektive treibt die SP den raschen und vollständigen Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen vorwärts. Neben den Ölheizungen steht hier vor allem die Erdgasversorgung in Basel und den umliegenden Gemeinden im Baselbiet im Zentrum der Überlegungen.

Weiteres Potenzial zur CO₂-Reduktion sehen wir im Bereich der Mobilität. Wir fordern eine Anpassung der Verkehrspolitik. Ab 2050 soll in der Region nur noch umweltfreundlicher Verkehr unterwegs sein. Zudem soll kurzfristig eine zusätzliche Besteuerung des CO₂-Ausstosses von Motorfahrzeugen die schädlichen Auswirkungen der Mobilität auf das Klima reduzieren.

Eine breite Allianz für die Biodiversität

Auch die SP ist dabei. Nach anfänglichen Startschwierigkeiten entschied sich die Trägerschaft der Initiative «Biodiversität Thurgau», die Sozialdemokratinnen und -demokraten doch noch ins Boot zu holen, nachdem ihnen dies zuvor verwehrt blieb. Die Trägerschaft, bestehend aus kantonalen Naturschutzorganisationen von Pro Natura bis Birdlife und Parteien von Grün bis FDP, hat erkannt, dass auch sie eine gewisse Diversität benötigt, um die Anliegen der Initiative möglichst breit abzustützen. Und diese passen nur zu gut zur SP. Konkret geht es um die Entwicklung einer kantonalen Diversitätsstrategie und drei bis fünf Millionen Franken pro Jahr zusätzlich für Naturschutzmassnahmen.

Damit sollen letztlich die Ökosysteme geschützt werden, die z. B. für die Sauerstoffproduktion, die Bestäubung von Kulturpflanzen oder die Kohlenstoffspeicherung verantwortlich sind. Weitere Verluste von Arten- und Lebensraumvielfalt im Thurgau hätten immense Konsequenzen. Die SP setzt sich dafür ein, dass die seit Mitte des 20. Jahrhunderts stark zurückgehende Biodiversität stärker gefördert werden kann, und hilft tatkräftig beim Sammeln der nötigen Unterschriften. Die Frist läuft noch bis Anfang November.

www.biodiversitaet-thurgau.ch

Ralf Frei, Mitarbeiter Sekretariat SP Thurgau und Gemeinderat Frauenfeld



BUNDESRAT GIBT DER SP THURGAU RECHT

Kinder auf schwarzer Liste verstossen gegen Kinderrechtskonvention!

Am 19. Juni 2019 versenkte der Grosse Rat mit 47:46 Stimmen die Motion von Barbara Kern, welche von ExponentInnen aller Parteien ausser der FDP unterstützt wurde. Die Motion verlangte, dass Kinder nicht mehr auf der «Schwarzen Liste säumiger PrämienzahlerInnen» aufgeführt werden. Wer auf dieser Liste steht, erhält nur Notfallbehandlungen. Sollen Kindern Impfungen, Therapien oder Nachkontrollen vorenthalten bleiben?

Als zweiten Punkt verlangte die Motion, dass diese Kinder bei Volljährigkeit nicht die Schulden für die Krankenkassenausstände zu übernehmen hätten. Diese absurde und höchst ungerechte Regel ist eine mittlerweile anerkannte Gesetzeslücke auf Bundesebene und wird dort geändert. Kinder auf der schwarzen Liste sind jedoch eine Thurgauer Erfindung. Kein anderer der acht Kantone mit schwarzer Liste schreibt systematisch Kinder darauf, kein anderer dieser Kantone schliesst einen höheren Anteil seiner Bevölkerung von der medizinischen Versorgung aus. Der

Kanton Solothurn ist gar im Begriff, die Liste wieder abzuschaffen, weil sie keinen Erfolg bringt.

Nach der Niederlage im Kantonsrat, aber mit der Gewissheit, dass dieser skandalöse Zustand gegen die UNO-Kinderrechtskonvention verstösst, startete die SP Thurgau eine Petition, gerichtet an das Bundesparlament und den Bundesrat. Am 11. September 2019 stellte Nationalrätin Edith Graf-Litscher zu Beginn der Herbstsession in der Fragestunde an den Bundesrat die Frage, ob der Bundesrat die Ansicht der SP Thurgau teile. Bereits am 16. September 2019 antwortete der Bundesrat in aller Deutlichkeit: «Die Praxis des Kantons Thurgau verstösst gegen die Kinderrechtskonvention. [...] Betroffene könnten sich daher vor Gericht darauf berufen.»

Zum Redaktionsschluss stand die Reaktion von Gesundheitsdirektor Jakob Stark noch aus. Für die SP Thurgau ist aber klar: Jetzt muss der Regierungsrat endlich handeln!

Julian Fitze, Sekretär SP Thurgau

Jetzt unterschreiben: Keine Kinder auf «Schwarzen Listen»!

349 people

151 more needed

Stoppen wir diesen skandalösen Zustand.

Jetzt unterschreiben!

Ich bin einverstanden, dass mich die SP Thurgau und die SP Schweiz auf dem Laufenden halten dürfen. Diese Petition wird über [Actionsprout](#) abgewickelt und die Daten werden in den USA gespeichert. [Mehr dazu](#)

Petitionsbogen [herunterladen](#) und offline unterschreiben.

Gesundheitspolitik auf Kosten der Schwächsten? Stopp!



«Meine Direktion ist für mich ein Sechser im Lotto»

EVI ALLEMANN WILL ALS REGIERUNGSRÄTIN UND DIREKTORIN DER JUSTIZ-, GEMEINDE- UND KIRCHENDIREKTION DIENSTLEISTUNGEN BÜRGERINNENFREUNDLICHER GESTALTEN. MIT LINKS.BE SCHAUT SIE AUF ERSTE ERFOLGE WIE DIE AUSWEITUNG DER PRÄMIENVERBILLIGUNG ZURÜCK UND SPRICHT ÜBER KOMMENDE HERAUSFORDERUNGEN.

Liebe Evi, als Regierungsrätin musst du Berge von Akten studieren, unzählige Sitzungen absolvieren, hast eine prall gefüllte Agenda und trägst viel Verantwortung. Ganz ehrlich, macht das Spass?

Ja, es «fägt», mit den Fachleuten der Verwaltung, Akteuren aus Wirtschaft und Gesellschaft, den Kolleginnen und Kollegen des Regierungsrates und dem Grossen Rat tragfähige Entscheide zu schmieden. Das setzt gute Kenntnisse der Sachlage, Offenheit für die Anliegen der Beteiligten und ein Gespür für pragmatische Lösungen voraus. Oft haben Entscheide Konsequenzen für viele Menschen. Das spornt mich an, mich für faire und nachhaltige Lösungen einzusetzen. Wenn es gelingt, macht es doppelte Freude.

Vor etwas mehr als einem Jahr hast du dein Amt angetreten. War der Rollenwechsel – du warst langjährige Parlamentarierin und Verbandspräsidentin – schwer, und ist er dir gelungen?

Ich fühle mich in der Rolle wohl und glaube, dass sie gut zu mir passt. Die Erfahrungen als National- und Grossrätin sowie als Leitungsperson kommen mir tagtäglich zugute. Zudem ist das Klima im Regierungsrat konstruktiv und die Mitarbeitenden meiner Direktion leisten hervorragende Arbeit. Das sind gute Voraussetzungen. Wie gut es

mir tatsächlich gelingt, wird die Zeit zeigen und müssen andere beurteilen. Auch Rückschläge gehören dazu und werden früh genug kommen.

Die Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion, der du vorstehst, wurde in der medialen Berichterstattung nach der Direktionsverteilung als Trostpreis umschrieben. Warum ist sie das nicht?

Die JGK bildet mit ihren vielfältigen Dienstleistungen das Rückgrat einer funktionierenden Gesellschaft und Wirtschaft und es ist enorm spannend, den Kanton hier mitzugestalten. Das Jugendamt, das Amt für Sozialversicherungen und der Beauftragte für kirchliche Angelegenheiten bearbeiten soziale Themen am Puls der Gesellschaft. Raumplanung und Regionenpolitik verlangen eine Kultur des Dialogs. Die Dienstleistungen des Rechtsamtes und der dezentralen Verwaltung (Regierungsstatthalter/-innen, KESB, Grundbuchamt, Handelsregister, Betreuungssämter) prägen das Alltagsleben im Kanton mit. Ab nächstem Jahr heisst die Direktion treffend «Inneres und Justiz». Für mich ist sie mit diesen spannenden Herausforderungen ein Sechser im Lotto.

Was konntest du als Regierungsrätin bereits bewegen?

Ein Highlight war sicher der Entscheid des

Regierungsrates, die Krankenkassenprämien von Familien weiter zu verbilligen. Für viele Familien und junge Erwachsene ist das eine willkommene Entlastung des Haushaltsbudgets. Eben haben wir die Vernehmlassung zum neuen Förder- und Schutzgesetz abgeschlossen. Damit wollen wir eine bessere Steuerung der Angebote für schutzbedürftige Kinder und Jugendliche erreichen. Beides stärkt Bern als Familienkanton. Auch in der Raumplanung konnte ich schon Akzente setzen zugunsten der Siedlungsentwicklung nach innen und für einen schonenden Umgang mit Boden und Umwelt.

Du hast für deine Direktion ein Legislatur-Motto definiert und Schwerpunkte daraus abgeleitet. Was willst du damit erreichen?

Unser Motto lautet «einfach, aktiv, digital» und steht für das Ziel, die Dienstleistungen noch bürgerInnenfreundlicher anzubieten. Es ist der rote Faden für unsere vielseitige Direktion. Mit zehn strategischen Leuchtturmprojekten wollen wir dazu beitragen, den Kanton sozial, ökologisch und wirtschaftlich nachhaltig weiterzuentwickeln. Gleichzeitig nutzen wir damit amtsübergreifende Synergien und schöpfen das Potenzial der Vielfalt besser aus.

Hast du ein konkretes Beispiel?

Ein gelungenes Beispiel dafür ist das Projekt für das elektronische Baubewilligungsverfahren eBau. Damit werden Eingaben für Baubewilligungen künftig schneller, wirtschaftlicher und ökologisch abgewickelt. Weitere Massnahmen setzen wir laufend um.

PRÄMIENVERBILLIGUNG

Mit zusätzlich bis zu 30 Millionen Franken jährlich verbilligt der Kanton Bern ab 2020 gezielt die Krankenkassenprämien von Familien mit Kindern und jungen Erwachsenen in Ausbildung bei unteren und mittleren Einkommen. Rund 13 000 Personen profitieren neu von einer Prämienverbilligung und rund 50 000 Personen erhalten künftig eine höhere Verbilligung. Mit dem Entscheid konkretisiert der Regierungsrat die Rechtsprechung des Bundesgerichts. Für die Umsetzung zuständig ist das Amt für Sozialversicherung in der Direktion von Regierungsrätin Evi Allemann.



«Kinder und Jugendliche stärker fördern»

PIA NEUHAUS GEHÖRTE DER SOZIALHILFEKOMMISSION, DIE BERNS SOZIALHILFE BERÄT, SEIT DEREN GRÜNDUNG AN, FÜNF JAHRE DAVON ALS PRÄSIDENTIN. SIE ZIEHT EINE DURCHZOGENE BILANZ – UND LEITET DARAUS KONKRETE WÜNSCHE AB.

Pia, wie fällt dein Rückblick auf acht Jahre Arbeit in der Sozialhilfekommision aus?

Die Sozialhilfekommision wurde geschaffen, obwohl intern bereits viele Kontrollmechanismen zur Beaufsichtigung existierten. Meine Frage war immer wieder, ob wir als Kommission etwas bewirken können. Mit der jährlichen Dossierkontrolle erhalten wir zwar Einsicht in Dossiers und können nach dem festgelegten Schwerpunktthema Grundsatzfragen mit den betroffenen Stellen diskutieren. Die Verantwortlichen



Die Sozialhilfekommision beaufsichtigt und unterstützt seit 2011 die Sozialhilfe der Stadt Bern. Ihr gehören politische VertreterInnen, verwaltungsexterne Expertinnen und Experten sowie die Direktorin für Bildung, Soziales und Sport an. Der SP stehen vier Sitze in der Kommission zu. Derzeit vertreten Martin Wild-Näf, Agnes Nienhaus und Astrid Pfister die SP in der Kommission. Für den vierten Sitz hat die SP Stadt Bern Simone Gremminger nominiert; ihre Wahl durch den Stadtrat erfolgt nach den Herbstferien. Im August wurde Agnes Nienhaus zur neuen Präsidentin der Kommission gewählt.

zeigten dabei immer eine grosse Bereitschaft, auf unsere kritischen Fragen einzugehen. Manchmal bewirkten unsere Überlegungen Änderungen im Umgang mit den Betroffenen. Strategien festlegen konnten wir aber kaum, denn diese haben immer finanzielle Konsequenzen. Die Kommission hat keine finanziellen Kompetenzen.

Was waren deine prägendsten Eindrücke?

Bei jeder Dossierkontrolle hat mich das Engagement der Mitarbeitenden des Sozialamtes sowie des städtischen Erwachsenen- und Kinderschuttsamts sehr beeindruckt. Sie arbeiten in einem schwierigen Umfeld und müssen in der knapp bemessenen Zeit Menschen mit vielfältigen Problemen beraten und begleiten.

Zwar hat das Volk klar Nein zur Senkung der Sozialhilfe gesagt, doch das letzte Auffangnetz bleibt im Kanton Bern stark unter Druck. Was erwartest Du?

Ich befürchte, dass der Druck auf die Sozialhilfe noch steigen wird. Kaum jemand spricht davon, dass die Zunahme der Fälle in der Sozialhilfe auch etwas mit der IV zu tun hat. Viele Menschen, die ärztlich attestiert zu 100 Prozent arbeitsunfähig sind, erhalten keine Rente. Was die IV mit der Ablehnung von Gesuchen spart, erscheint in keinem Bericht. Die Arbeitswelt hat keinen Platz für Menschen, die keine gute Berufsausbildung haben und nicht voll leistungsfähig sind. Wir werden bestimmt noch einmal auf das bedingungslose Grundeinkommen zurückkommen.

Wenn du drei Wünsche offen hättest für die Berner Sozialhilfe, welche wären es?

Erstens: Initiierung von Projekten, die den Menschen eine sinnvolle Tätigkeit ermöglichen. Der einseitige Fokus auf die Integration in den Arbeitsmarkt ist meiner Ansicht nach illusorisch und wirkungslos. Zweitens müssen Kinder und Jugendliche in der Sozialhilfe nach ihren Fähigkeiten gefördert werden. Es ist sehr entscheidend, wie sie während Schule und Ausbildung begleitet werden. Da braucht es mehr zeitliche Ressourcen der Sozialarbeitenden.

Und drittens ...

Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger sollen möglichst selbstbestimmt ihr Leben gestalten können. Wer aus gesundheitlichen oder anderen Gründen nicht selber für den Lebensunterhalt aufkommen kann, soll nicht in prekäre Arbeitsverhältnisse gedrängt werden, die dann doch keine Ablösung ermöglichen. Projekte, die gezielt freiwilliges Engagement fördern, würden mehr ein Gefühl des Dazugehörens bewirken.

Interview: Marieke Kruit, Fraktionspräsidentin Stadtrat Bern

«Ich befürchte, dass der Druck auf die Sozialhilfe noch steigen wird.»



Liebe ist Liebe ist Liebe

NOCH IMMER SIND GLEICHGESCHLECHTLICHE LIEBE UND SEXUELLE IDENTITÄTEN AUSSERHALB DER NORM NICHT GLEICHGESTELLT – WEDER RECHTLICH NOCH GESELLSCHAFTLICH. DAFÜR KÄMPFT DIE MILCHJUGEND, DIE QUEERE JUGENDORGANISATION DER SCHWEIZ. BÜHNE FREI FÜR EWA BENDER, SP-MITGLIED UND PRÄSIDENTIN DER MILCHJUGEND.

«In der Schweiz läuft einiges schief, wenn es um die Anliegen der queeren Bevölkerung geht. Gesellschaftlich sind wir weit von der Gleichstellung entfernt, sowohl was gleichgeschlechtliche Liebe als auch was sexuelle Identitäten betrifft, die von der Norm abweichen.

Auch rechtlich sind wir noch lange nicht dort, wo wir sein sollten, wenn wir in einer offenen, solidarischen Schweiz leben wollen. Im europäischen Ranking belegen wir den Platz 27, hinter der Slowakei und Georgien. Homosexuelle oder queere Jugendliche, wie sie sich selber nennen, leiden hierzulande beispielsweise weitaus häufiger unter

Depressionen und Suizidgedanken als andere Gleichaltrige. Bis heute ist die Schule ein homophober Ort, wo homosexuelle Jugendliche mit Vorurteilen und Mobbing zu kämpfen haben.

Für die Jugend

Wo die SP auf politischer Ebene für Gleichstellung kämpft, setzt sich die Milchjugend in der Bevölkerung für junge Queers ein. Wir sind die Jugendorganisation der Lesben, Schwulen, bi-, inter- und asexuellen Jugendlichen, für alle dazwischen und ausserhalb – kurz LGBTQIA.

Gesellschaftliche Haltungen und Gesetze wirken wechselseitig. Die gesetzliche Gleichstellung ist daher ein wichtiges Instrument im Kampf gegen Homophobie.

Die SP war und ist dabei eine treibende Kraft: Sei es beim Partnerschaftsgesetz oder dem Einsatz für die Ehe für alle, bei der sich die SP auch klar für den Zugang zur Samen-spende für lesbische Paare einsetzt. Ganz zu schweigen vom Diskriminierungsschutz, über den wir im Februar 2020 abstimmen werden.

Gewalt ist Alltag

Die SP schafft für viele Anliegen der LGBTQIA-Community Öffentlichkeit. Die Relevanz von Debatten rund um den Diskriminierungsschutz wird einem erst so richtig bewusst, wenn man sich mit aktuellen Geschehnis-

sen auseinandersetzt. Jüngst war in der Presse beispielsweise von einem tätlichen Angriff gegen zwei schwule Männer im Zürcher Niederdorf zu lesen. In der Community überrascht das niemanden. Zu viele haben Gleiches oder Ähnliches am eigenen Leib erfahren.

Hass ist keine Meinung

Es stimmt: Gegen Gewalt kann man bereits heute rechtlich vorgehen. Der «blosse» Aufruf zu Hass und Gewalt gegenüber Schwulen, Lesben, Bisexuellen oder Trans-Menschen bleibt jedoch ungestraft. Deshalb ist die «sexuelle Orientierung» als Kriterium in der Antirassismus-Strafnorm so wichtig.

Dieses Geschäft geht auf eine Parlamentarische Initiative von SP-Nationalrat Mathias Reynard zurück. Es wurde im Dezember 2018 vom National- und vom Ständerat gutgeheissen. Doch die EDU ergriff das Referendum. Sie machte geltend, die Meinungsfreiheit sei gefährdet. Doch Hass ist keine Meinung.

In einem Land, in dem ohne Konsequenzen zu Hass und Gewalt gegen unterdrückte Gruppen aufgerufen werden darf, ist der Schritt zu Gewalt eben nicht mehr weit. Darum wollen wir die Chance nutzen und bei der Abstimmung im Februar mit einem deutlichen JA ein Zeichen für Toleranz und Schutz von Minderheiten setzen.»

MILCHJUGEND

Die Milchjugend ist die grösste Jugendorganisation der Schweiz für lesbische, schwule, bi-, trans-, inter- und asexuelle Jugendliche und für alle dazwischen und ausserhalb. Die Organisation ermöglicht den Austausch, bietet Rückhalt und organisiert diverse Events, um junge Queers zu befähigen, sich den Raum zu nehmen, der ihnen zusteht.
milchjugend.ch

CO₂-GESETZ

Hart in der Sache

DIESE WOCHE DISKUTIERT DER STÄNDERAT UNTER NEUEN VORZEICHEN ÜBER DAS CO₂-GESETZ, DAS DER NATIONALRAT IM VERGANGENEN WINTER VERSENKT HATTE. WIE KONNTE ES ÜBERHAUPT ZU DIESER NEUAUFLAGE DER DEBATTE KOMMEN?

Wir erinnern uns: In der vergangenen Wintersession schickte der Nationalrat das CO₂-Gesetz nach stundenlangen Debatten bachab. Den einen ging der Gesetzesentwurf zu weit, den anderen nicht weit genug.

In der Bevölkerung war der Aufschrei gross: Die Gletscher schmelzen weg, Berghänge donnern zu Tal, die Bäume leiden unter der Trockenheit, Fische sterben im zu warmen Wasser, Jahrhundert-Unwetter ereignen sich im Monatsrhythmus – und der Nationalrat lässt das Klimaschutzgesetz platzen!

Seither haben glücklicherweise tausende Jugendliche auf der Strasse immer wieder die Alarmglocken geläutet. Offenbar löste dies bei vielen Politikerinnen und Politikern etwas aus.

Sachgerecht und mehrheitsfähig

Vor diesem Hintergrund machte sich die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (UREK) des Ständerates an die Arbeit. Allen Kommissionsmitgliedern war klar: Eine Nullnummer wie im Nationalrat darf es nicht noch einmal geben. Es galt also, ein Gesetz zu schaffen, das den klimapolitischen Herausforderungen gerecht wird und im

Ständerat eine tragfähige Mehrheit findet. Darüber hinaus muss ihm später auch der Nationalrat mehrheitlich zustimmen können, und schliesslich müsste es auch in einer allfälligen Referendumsabstimmung ein Volksmehr finden. Kurz: eine anspruchsvolle Aufgabe.

Die Kommission liess sich in ihrer Arbeit von einigen Grundsätzen leiten: Erst nach Abschluss der ersten Lesung sollte die Öffentlichkeit informiert werden. So konnte ohne Beeinflussungsversuche von aussen an gemeinsamen Lösungen gearbeitet werden. Zudem verzichteten alle Beteiligten auf publikumswirksame, aber chancenlose Extremvorschläge «für die Galerie». Bei aller Härte in der Diskussion herrschte immer eine faire, konstruktive und lösungsorientierte Arbeitsstimmung.

Griffige Massnahmen in Reichweite

Das Resultat der Kommissionsarbeit darf sich sehen lassen. Die Verminderungsziele wurden etwas schärfer formuliert, und ein massgeblicher Anteil der Verminderung des CO₂-Ausstosses soll im Inland erfolgen (gemäss knapper Kommissionsmehrheit zu 60 Prozent, gemäss Kommissionsminderheit zu min-



Roberto Zanetti,
Ständerat SO

destens 80 Prozent). Im Gebäudebereich hat sich eine ebenso knappe Mehrheit für griffigere Massnahmen entschieden.

Darüber hinaus sieht der Kommissionentwurf eine Klimaverträglichkeitsprüfung für Neuanlagen, die Einführung einer Flugticketabgabe sowie einen Treibstoffpreisaufschlag im Verkehr vor. Hinzu kommt auch noch der Vorschlag, einen Klimafonds zu schaffen, aus dem sowohl Massnahmen im Gebäudebereich als auch innovative Projekte mitfinanziert werden können.

Scherbenhaufen zusammengekehrt

Nach dem nationalrätlichen Scherbenhaufen vom letzten Winter hätten wohl die wenigsten auf dieses beachtliche Ergebnis gewettet. Die Kommission hat ein taugliches und wirkungsvolles Paket geschnürt und dieses mit 11 zu 0 Stimmen bei einer Enthaltung zu Händen des Ständerats verabschiedet. Die Debatte (nach Redaktionsschluss) wird zeigen, ob der Rat seiner Kommission folgt.

Am 28. September auf zur Klimademo!

Seit Jahrzehnten macht die SP überzeugende Klimapolitik – in Bundesbern mit dem Energiegesetz ebenso wie in den Kantonen und Gemeinden. Zuletzt stellten wir den Marshallplan für das Klima vor, wir forderten dringende Investitionen in die Sonnenenergie und zeigten mit einer fundierten Studie, dass die Klimawende sozialverträglich gelingen kann.

Doch die rechten Mehrheiten schafften es in den letzten Jahren, eine zukunftsgerichtete Klimapolitik zu verhindern. Darum tragen wir unseren Protest auf die Strasse. Darum demonstrieren wir drei Wochen vor den Wahlen, am Samstag, 28. September 2019, auf dem Bundesplatz in Bern. Organisiert wurde die Demo die Klima-Allianz, der über 80 Organisationen angehören.

SP-Frauen laufen gemeinsam

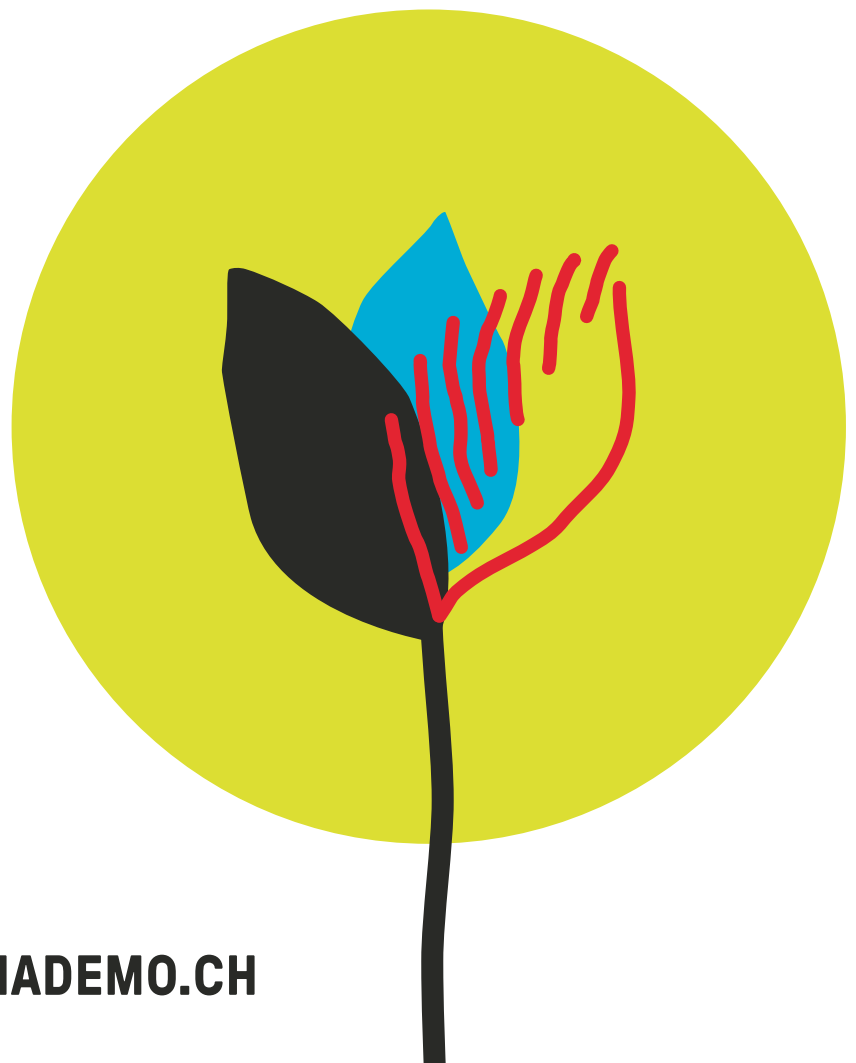
Der Demonstrationszug führt ab 13.30 Uhr von der Schützenmatte (direkt neben dem Hauptbahnhof) zum Bundesplatz. Für alle Frauen, die lieber gemeinsam laufen: Treffpunkt für die SP Frauen ist um 13.30 Uhr auf dem Bahnhofplatz vis-à-vis Haupteingang, Ecke Heiliggeist-Kirche. Die Demo mit Nachmittagsprogramm findet ab 14 Uhr auf dem Bundesplatz statt.

Lautstark fordern wir:

- Eine konsequente Klimapolitik, die endlich unsere Lebensgrundlagen schützt!
- Den Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas, auch auf dem Schweizer Finanzplatz!
- Klimagerechtigkeit – ein würdiges Leben für alle weltweit!

Erst der Protest der Klimajugend auf der Strasse hat die bürgerlichen Politikerinnen und Politiker aufgerüttelt. Der Protest auf der Strasse bringt's! Kommt darum zahlreich – jede Person zählt!

NATIONALE KLIMADEMO DES WANDELS 28.9.19 BERN



KLIMADEMO.CH

Mit der Kündigungsinitiative ins Abseits

DIE ABSICHT DER SVP-KÜNDIGUNGSINITIATIVE IST KLAR: SIE WILL DIE PERSONENFREIZÜGIGKEIT ABSCHAFFEN. WIR HALTEN DAGEGEN – UND FREUEN UNS, WENN AKTIONEN WIE DAS BULLSHIT-BINGO ETWAS SPASS IN DIE DRÖGE DEBATTE BRINGEN.

Die SVP behauptet, ihre Kündigungsinitiative könne alle Probleme unserer Zeit auf einen Schlag lösen – egal ob es sich um Gewalttaten, die Überlastung der Spitäler, die Energieversorgung oder den Klimawandel handelt. Doch eigentlich geht es vor allem um eines: Die SVP will den Lohnschutz abschaffen, damit Konzerne in der Schweiz noch höhere Gewinne für Manager und Aktionärinnen erzielen.



Samira Marti,
Nationalrätin BL

Höchstzahlen festgelegt werden. Das würde nicht zu einer tieferen Arbeitsmigration führen, sondern zu einer massiven Bürokratisierung. Jede Branche würde wohl möglichst hohe Kontingente für sich selbst fordern. Mit Selbstbestimmung hat das wenig zu tun.

Gegen die Ausbeutung der Arbeitnehmenden

Ein Blick zurück reicht, um zu erkennen, wie negativ sich ein Kontingentsystem sozialpolitisch und ökonomisch auf die Arbeitnehmenden auswirken würde. Zu Zeiten des Saisonierstatuts durften die Migrantinnen und Migranten über Jahre die Stelle nicht wechseln, wollten sie ihr Aufenthaltsrecht nicht gefährden. Bei missbräuchlichen Kündigungen hatten sie keine Chance, sich dagegen zu wehren. Fehlte einem Saisonier nach vier Jahren beispielsweise auch nur ein Tag seiner jährlich auf neun Monate festgelegten Aufenthaltsdauer, so wurde der Familien-

nachzug verweigert. Je nach Kanton durften die Kinder nicht einmal die obligatorische Schule besuchen. Solche Zustände wollen wir keinesfalls zurück.

Kündigung der Bilateralen I und II

Der Bundesrat lehnt die Initiative mit gutem Grund ab. Der Wegfall der Personenfreizügigkeit würde die Bilateralen I und II massiv gefährden. Die Auswirkungen für den Wirtschaftsstandort Schweiz wären fatal. Kein Land profitiert heute so stark vom europäischen Binnenmarkt wie die Schweiz. Mit der Aufhebung des Freizügigkeitsabkommens würden darüber hinaus die flankierenden Massnahmen automatisch wegfallen. Die Arbeits- und Lohnbedingungen würden zusätzlich unter Druck geraten. Dies müssen wir unbedingt verhindern.

Denn die Personenfreizügigkeit ist eine Erfolgsgeschichte: Die Löhne sind gestiegen, die Schwarzarbeit ist zurückgegangen, und die Gesamtarbeitsverträge wurden ausgeweitet. Kämpfen wir also gegen die SVP-Kündigungsinitiative und für gute Arbeitsbedingungen für alle!

Das Märchen von der Selbstbestimmung

Die Personenfreizügigkeit bedeutet kein Regime ohne Grenzen. Nur wer einen Arbeitsvertrag vorweist oder über genug Geld verfügt, darf heute in die Schweiz einwandern. Die Initianten begründen nun ihre Initiative mit dem Wunsch, die Einwanderung «eigenständig» zu steuern. In der Praxis würden wir das Kontingentsystem wieder zum Leben erwecken, und für alle Branchen, Kantone und Länder müssten



BINGO!

Nicht weniger als 41 SVP-Nationalrätinnen und -Nationalräte ergriffen in der Debatte zur SVP-Kündigungsinitiative das Wort. Wenn wir uns das schon anhören mussten, wollten wir wenigstens etwas Gutes daraus machen. Wir organisierten ein Bullshit-Bingo. Das funktionierte so: Immer wenn die SVP während der Debatte eine ihrer sinnfreien Standardphrasen verwendete, spendeten rund 370 Menschen der SP einen Beitrag für die Wahlkampf-Schlussmobilisierung.

Du willst die Schlussmobilisierung auch mit einer Spende unterstützen?

links-rutsch.ch/spenden

Salzhunger

Kann man ein so komplexes Thema wie den Rohstoffhandel in Comicform abhandeln? Matthias Gnehm gelingt es auf jeden Fall, auch wenn es nicht immer einfach ist, dem roten Faden zu folgen. In mitreissenden Bildern erzählt der Autor die Geschichte von Arno, der im nigerianischen Lagos für einen Dok-Film ein Drecksgeschäft aufdecken will und dabei – zusammen mit Mitstreitern – in den Strudel übelster Machenschaften gerät. Dabei hat der Autor genau recherchiert. Am überzeugendsten ist Gnehm in der Darstellung der Machtverhältnisse in Lagos. Eine Augenweide und ein Lesevergnügen.



Salzhunger
von Matthias
Gnehm,
Edition Moderne

Erhältlich in deiner
Lieblingsbuch-
handlung.



11



12



35

NACHRUF

Walter Buser, der erste SP-Bundeskanzler: ehrlich, gradlinig, loyal

In Berlin und Wien ist der Bundeskanzler Regierungschef. Bei uns ist er der Stabschef des Bundesrats und Chef der Bundeskanzlei. Walter Buser war der erste Sozialdemokrat in der Funktion des Bundeskanzlers (1981–1991).

Der Stabschef verkehrt mit den Bundesräten auf Augenhöhe. Damals war das ein reiner Männerclub. Auf meine Frage hin beschrieb Walter Buser seine Funktion in groben Zügen so: Für die wöchentlichen Bundesratssitzungen stelle die Bundeskanzlei die Unterlagen zusammen. Nötigenfalls fordere sie bei den Departementen die Dokumente ein.

Persönlich sei es ihm wichtig, meinte Walter Buser, dass der Bundesrat nach aussen einen guten Eindruck hinterlässt. Konflikte zum Beispiel gehörten nicht auf den Bundesplatz, sondern sollten intern bereinigt werden. «Die Regierung sollte geschlossen auftreten», so Buser.



Walter Rutishauser, Fotograf – Bibliothek am Guisanplatz, Sammlung Rutishauser

Grosse Verdienste

Buser führte eine professionellere Information ein. Vor seiner Amtszeit erfuhren die Medienleute oft nur per Aushang: «Heute keine Information.» Schon als Vizekanzler informierte er nach jeder Bundesratssitzung die Medienschaffenden. Natürlich gibt es Vertrauliches, über das nicht oder vielleicht später informiert wird. Der Bundesratsspre-

cher verrät heute auch nicht, wie im Bundesratsgremium über US-Präsident Donald Trump geredet wird.

Walter Buser schuf auch jene Stelle, deren Inhaberin die Briefe von Bürgerinnen und Bürgern beantwortet. Wer ein Anliegen hat, soll eine Antwort bekommen. Darüber hinaus hatte Buser an der Universität Basel eine ausserordentliche Professur für Staats- und Verwaltungsrecht inne. Das unterstreicht seine Qualitäten als Jurist.

Grosser Verzicht

1983 suchte Walter Buser mich als SP-Präsident in Basel auf. Die Bürgerlichen würden ihn als Bundesratskandidaten hofieren, teilte er mir mit. «Walter, wir haben eine Kandidatin, Lilian Uchtenhagen», reagierte ich. Er akzeptierte meine Antwort. Das passte zu ihm: ehrlich, gradlinig, loyal zur Partei.

Nun ist Walter Buser im August im Alter von 93 Jahren gestorben. *Helmut Hubacher*



Bilder: Stefan Riegger



Café Boy: Eine Wirtschaft zum Glück

IN ZÜRICH GIBT ES ENDLICH WIEDER EIN RESTAURANT IN LINKER HAND – VON LINKEN FÜR NETTE UND FÜR ALLE, DIE GERNE GUT ESSEN UND TRINKEN.

«Alles begann als Schnapsidee von einigen JUSOS», erzählt Vivien Jobé, die damals als JUSO-Generalsekretärin amtierte. «Wie schön wäre doch ein Restaurant, um zu politisieren, zu trinken und zu essen», träumten sie vor sieben Jahren. Andere Linke in Zürich träumten einen ähnlichen Traum, und so kam es, dass die «Genossenschaft zum guten Menschen» gegründet wurde – mit dem Auftrag, eine Beiz zu finden. Genossenschaftspräsidentin Emy Lalli klapperte 70 Lokalitäten ab, vergeblich. Entweder waren sie zu klein, zu gross, gingen unter der Hand weg – es stimmte nie. «Es war zum Verzweifeln, wir wollten schon fast aufgeben», sagt Viven Jobé.

Bis das Café Boy in Zürich-Ausser-sihl frei wurde. «Ein Glücksfall!», so Jobé, die die Hotelfachschule absolviert und das Konzept für das neue Café Boy ausgetüfelt hat.

Pia Wildberger,
Chefredaktorin «links»

Das schöne Haus aus dem Jahr 1934, errichtet im Stil des «Neuen Bauens», kommt damit in neue Hände – und zurück zu den Wurzeln: Die Eigentümerin ist die «bonlieu Genossenschaft für Wohnen und Kultur», die Nachfolgeorganisation der «Genossenschaft proletarische Jugend Zürich». Jahrzehntlang war das Café Boy ein Treffpunkt der Linken. Über der Wirtschaft wohnten Rosa Grimm und Mentona Moser, die die kommunistische Partei der Schweiz mitgründeten.

Rettungsteller gegen Food Waste

Nun wurde das Café Boy Mitte September mit einem grossen Fest eröffnet. Der erfahrene Küchenchef Roman Wyss will eine ehrliche Küche bieten, mit saisonalen Produkten und Preisen, die auch JUSOS bezahlen können. So findet sich auf der Karte eine währschafte Suppe für 15

Franken, Eintöpfe für 25 sowie feine Siedfleischklassiker für 36 Franken. Am Wochenende gibt es Brunch bis 16 Uhr, einen Dreigänger fürs Familienznacht und jeden Abend einen «Rettungsanker» für Menus, die vom Mittag übriggeblieben sind.

So will das Team dem Food Waste begegnen. Das Gemüse stammt, soweit möglich, von Grassrooted. Das ist eine Organisation, die bei Biobauern das Gemüse rettet, das den Handelsnormen nicht entspricht und sonst weggeworfen würde.

Das Café Boy bietet der SP Zürich zwar eine Heimat, soll aber auch im Quartier verankert werden. Der Stammtisch lädt zu politischen Diskussionen und zum Jassen ein. Aber auch das Räbeliechtli-Schnitzen für den Quartierumzug hat seinen Platz – das Glück des Café Boy soll allen offen stehen.

Für Nicht-Ortskundige: Ab Bahnhof Tram 2/3 bis Lochergut, dann die Sihlfeldstrasse runterlaufen.



Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

Wahrheitssuche in Zeiten von Fake-News D2.1.1910

4. Oktober 2019, Jugendherberge, Zürich

Inhalt: Themenwahl und -gewichtung, Folgen der Medienkonzentration auf wenige grosse Verleger
Referent: Thomas Zimmermann (SGB)

Unfall – Krankheit – Invalidität: Welche Versicherung zahlt wofür? D1.8.1912

14./15. Oktober 2019, Kurhotel Bad Ramsach, Läuelfingen
Inhalt: Funktionsweise, Leistungen und Finanzierung von UV, KV und IV, politische Streitfelder, Zukunftsperspektiven und gewerkschaftliche Positionen
Referent: Ruzhdi Ibrahim (Unia)

Faire Personalbeurteilung D1.7.1909

17./18. Oktober 2019, Hotel FlorAlpina, Vitznau
Inhalt: Übersicht über verschiedene Personalbeurteilungssysteme, Kriterien für eine faire Beurteilung, Gestaltungsfelder und Einflussnahme der PV
Referent: Peter Lüthi (Team- und Organisationsberater)

Arbeits- und Zwischenzeugnisse unter der Lupe D2.2.1902

18. Oktober 2019, Hotel Continental Park, Luzern
Inhalt: Analyse des Arbeits- oder Zwischenzeugnisses, rechtliche Grundlagen, eigene Verbesserungsvorschläge formulieren und durchsetzen
Referent: Rolf Summermatter (Coach/Supervisor)

Protokollführung D1.8.1916

31. Oktober /1. November 2019, Bildungszentrum Matt, Schwarzenberg
Inhalt: Bedeutung und Arten von Protokollen, Instrumente zur raschen Erfassung des Gehörten, professionelle Gestaltung des Protokolls
Referent: Gerhard Friedl (Erwachsenenbildner)

Meine Rechte am Arbeitsplatz praktisch erklärt D2.2.1913

6. November 2019, Restaurant Aarhof, Olten
Inhalt: Gesetzliche Grundlagen des Arbeitsrechts, Fallbeispiele
Referent: Urs Egger (Unia)

Die Anmeldung erfolgt online www.movendo.ch, per Mail info@movendo.ch oder per Telefon 031 370 00 70.

Die Kosten für mindestens eine Weiterbildung werden für Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Gewerkschaft getragen. Mit deiner Anmeldung klären wir die Kostenfrage ab und informieren dich unverzüglich. SP-Mitglieder, die nicht Gewerkschaftsmitglied sind, profitieren vom reduzierten Tarif von Fr. 250.– statt Fr. 410.– resp. Fr. 300.– statt Fr. 450.– pro Kurstag. Weiter kann bei Simon Roth (SP Schweiz, simon.roth@spschweiz.ch) finanzielle Unterstützung beantragt werden.

AGENDA 2019

10. – 12. OKTOBER
48-Stunden-Mobilisierungsaktion der SP Schweiz

20. OKTOBER
Eidgenössische Wahlen

2. NOVEMBER
Herbstanlass SP60+

9. NOVEMBER
Delegiertenversammlung der SP MigrantInnen

16. NOVEMBER
Mitgliederversammlung SP Frauen*

29. NOVEMBER
Koordinationskonferenz der Kantone in Bern

30. NOVEMBER
Delegiertenversammlung in Bern

www.spschweiz.ch/agenda



Movendo ist das Bildungsinstitut der Verbände des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes. Für die Weiterentwicklung unseres Bildungsprogramms suchen wir per 1. Juni 2020 oder nach Vereinbarung

zwei AusbildungsleiterInnen (je 80%, D oder F)

Als Mitglied eines Teams tragen Sie die fachliche Verantwortung für einen Teil unseres Gesamtprogramms. Sie verfügen über einen Hochschulabschluss (FH/Uni) oder eine gleichwertige Ausbildung sowie ausgewiesene Erfahrungen in der Weiterbildung.

Bewerbungsfrist: 31.10.2019. Die vollständige Ausschreibung finden Sie auf www.movendo.ch.

20. OKTOBER ROT AN- STREICHEN.



FÜR ALLE STATT FÜR WENIGE.
AM 20. OKTOBER SP WÄHLEN.

